

Fluchtursachen beseitigen heißt auch: CETA, TTIP und Co stoppen und gerechten Welthandel schaffen.

Die öffentliche Diskussion unterscheidet meist zwischen Flucht und Migration. Menschen, die vor politischer Verfolgung und Krieg fliehen, gelten als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention. Ihnen wird mehrheitlich ein Recht auf Aufnahme zugesprochen. Obwohl sich Aussagen einflussreicher Politiker und Politikerinnen, nicht nur vom rechten Rand, nach einer Begrenzung und damit nach einer Einschränkung des Menschenrechts häufen. Migranten, die „nur“ ein Leben ohne Hunger und Armut suchen, wird das Recht auf Flucht hingegen abgesprochen. Sie werden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder gar als „Wohlstandsflüchtlinge“ diffamiert. Dabei zwingt sie meist eine Mischung aus Armut, Ausbeutung, Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit zur Flucht. Sie kämpfen ums Überleben und drängen auf Teilhabe. Sie wollen sich mit sozialem Ausschluss aus der globalisierten Welt nicht abfinden.

Es braucht also keinen Krieg, um Umstände zu schaffen, die Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat drängen.

Weniger offensichtlich, aber nicht minder gewaltsam, wirkt die neoliberale Freihandelspolitik. Indem beispielsweise die Märkte Afrikas für Überschussproduktionen europäischer Hühnerfabriken oder Milchzeuger geöffnet werden, verlieren einheimische Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ihre Existenzgrundlagen. Fischereiabkommen, in denen europäischen Hochseefloten die Rechte zugesprochen werden, vor der Küste Westafrikas das Meer leer zu fischen, entziehen heimischen Fischerinnen und Fischern ihren Broterwerb. Und auch Landraub durch multinationale Konzerne treibt die afrikanische Landbevölkerung in die Elendsquartiere der Großstädte. Oder gleich über das Meer, nach Europa, zu uns(1). Was für viele den sicheren Tod bedeutet. Die EU verhindert, dass afrikanische Staaten Importzölle erheben, um damit die einheimische Bevölkerung vor Billigimporten zu schützen und nötigt den Regierungen der betroffenen Länder „Freihandelsabkommen“ (Economic Partnership Agreements, sogenannte EPAs) auf. Weigern sich die Regierungen der betroffenen Länder, droht ihnen die EU unverhohlen mit Streichung sämtlicher Handelserleichterungen, der Erhebung von Strafzöllen, die den Exportsektor des Landes betreffen, und mit Kürzung von Entwicklungshilfe. Freihandel und Partnerschaft sind vermeintlich wohlklingende Worte. Doch gegenseitige Liberalisierung des Handels nach den Bedingungen der EU liefert die afrikanischen Binnenmärkte dem Wettbewerb mit Industrie-, Handels- und Agrarkonzernen Europas schutzlos aus. Die Abhängigkeit der afrikanischen Wirtschaft wird verstärkt; nötige und gewünschte Kooperation afrikanischer Länder untereinander wird massiv behindert. Dieser Freihandel wird von vielen Einheimischen als Neo-Kolonialismus verstanden.

Während sich afrikanische Länder und Schwellenländer – zum Beispiel Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) – gegen das Freihandelsdiktat sträuben, konzentrieren sich Politiker und Lobbyisten im Interesse transnationaler Konzerne bereits auf die Etablierung von sogenannten Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP und TiSA. So will die „transatlantische Wertegemeinschaft“ Bedingungen setzen, die schließlich auch für andere Regionen verbindlich werden sollen. Der Rest der Welt muss sich dann endgültig den Regeln von „Marktöffnung“, von Deregulieren und Privatisieren unterwerfen. Oder läuft Gefahr, einen Großteil der noch vorhandenen Wirtschaftskraft zu verlieren.

Die neoliberale Wirtschafts- und Handelspolitik wird durch den Abschluss der sogenannten Freihandelsabkommen festgezurr. Auch bei uns. Denn auch in Europa geht es neben der Unterwerfung bislang noch geschützter öffentlicher Dienstleistungen, sozialer und

ökologischer Standards sowie Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenrechte unter die Spielregeln der Konzerne und ihrer Lobbyisten um die Eliminierung noch bestehender demokratischer Gestaltungsspielräume.

Stoppen wir nicht nur CETA, TTIP und TiSA: Abkommen, die auch uns bedrohen. Setzen wir uns ein für einen gerechten Handel, der den Menschen dient und nicht den Konzernen. Weltweit!

Für einen gerechten Welthandel, der den Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Bauern und Bäuerinnen und Verbrauchern dient sowie die Umwelt schützt. Für einen gerechten Welthandel, der Entwicklung der ärmsten Länder des globalen Südens fördert und damit auch Fluchtursachen beseitigt.

Einen anderen als gerechten Handel brauchen wir nicht.

Europa hat kein Problem mit Flüchtlingen! Flüchtlinge haben - wie auch wir- ein Problem mit den Regeln, die Europa und die USA für sie - und uns - vorsehen. Regeln, die Interessen von Konzernen vor das Gemeinwohl stellen und Abkommen, die sie überhaupt veranlassen, fliehen zu müssen.

(1)Thomas Eberhardt Köster in theorieblog.attac.de

Reiner Basowski, Attac Alstertal-Walddörfer